

Kreistag des Landkreises Altenburger Land

Niederschrift

KT/26/2008

der 26. Sitzung des Kreistages des Landkreises Altenburger Land - **öffentlicher Teil** -
am Mittwoch, dem 13.02.2008, 17:10 Uhr, Landratsamt Altenburger Land,
Lindenaustraße 9, 04600 Altenburg, Landschaftssaal

Anwesenheit:

Landrat

Rydzewski, Sieghardt Landrat

Fraktion CDU

Apel, Michael
Arndt, Christiane
Blawatt, Hubert
Dobmaier, Ludwig Stefan
Etzold, Stephan
Horny, Hans-Joachim Dr.
Kern, Herbert
Köhler, Herbert
Melzer, Uwe
Ronneburger, Jürgen
Schröter, Fritz
Sonntag, Andreas
Tomaschewski, Wolfhardt Dr.
Waldenburger, Karsten Dr.

Fraktion SPD

Dorsch, Nikolaus Dr.
Franke, Sabine
Mittelstädt, Peter
Schemmel, Volker
Scholz, Wolfgang
Schubert, Hartmut Dr.
Stange, Steffen
Wolf, Michael
Zehmisch, Martina

Fraktion Die Linke.Altenburger Land

Bergner, Peter
Börngen, Klaus
Burkhardt, Bernd
Ebert, Barbara

Fache, Sabine
Hübschmann, Klaus
Klaubert, Kati
Mäder, Peter
Pietsch, Gert
Plötner, Barbara
Plötner, Heinz-Dieter
Reimann, Michaelae
Tempel, Frank

Fraktion FDP

Bugar, Hans-Peter
Heitsch, Hans-Jürgen
Hermann, Rolf
Schalla, Karsten

Beigeordnete

Gräfe, Christine

Fachbereichsleiter

Boße, Ludger
Seiler, Birgit
Thieme, Ronny
Wenzlau, Bernd

amt.

sowie Fachdienstleiter und weitere Mitarbeiter des Landratsamtes, Vertreter der Presse und weitere Zuhörer.

Entschuldigt fehlen:

Fraktion CDU

Büring, Alexander Dr.	berufliche Gründe
Golder, Barbara	dienstliche Gründe
Gumprecht, Christian	Landtags-Untersuchungsausschuss
Kasper, Hans-Jürgen	krank
Reichel, Fred	berufliche Gründe
Ungvari, Johannes	Landtags-Untersuchungsausschuss

Vorsitz: Fritz Schröter

Schriftführung: Mareile Köhler und Gudrun Benndorf

Beginn der Sitzung: 17:10 Uhr

Ende der Sitzung: 20:43 Uhr

Tagesordnung:**Drucksachen Nr.**

- | | | |
|-----|---|------------------|
| 1 | Bürgeranfragen | |
| 2 | Genehmigung der Niederschrift über die 25. Sitzung vom 05.12.2007 | |
| 3 | Verschiedenes | |
| 3.1 | Informationen des Landrates | |
| 3.2 | Anfragen aus dem Kreistag | |
| 4 | Haushaltssatzung und Haushaltsplan für die Jahre 2008 und 2009 des Landkreises Altenburger Land | KT-DS/281/2008 |
| 5 | Beschlussfassung des Finanzplanes 2007 bis 2011 des Landkreises Altenburger Land | KT-DS/282/2008 |
| 6 | Hauptsatzung des Landkreises Altenburger Land | KT-DS/284/2008 |
| 7 | Satzung des Landkreises Altenburger Land über die Erhebung von Verwaltungskosten für die Durchführung der Gefahrenverhütungsschau (Gebührensatzung - Gefahrenverhütungsschau) | KT-DS/273/2007/1 |
| 8 | Änderungsvertrag zum Vertrag über den Ausgleich verbundbedingter Belastungen im Rahmen der Verbunderweiterung (VAVB-VE) vom 14. Juli 2005 | KT-DS/283/2008 |
| 9 | Änderung der Richtlinie zur Frühförderung von Kindern im Vorschulalter im Landkreis Altenburger Land | KT-DS/285/2008 |
| 10 | Sanierung und Finanzierung des Alten- und Pflegeheimes Löbichau der Schmöllner Heimbetriebsgesellschaft mbH | KT-DS/286/2008 |
| 11 | Abberufung von Herrn Peter Jansen als Geschäftsführer der Krankenpflegeschule Altenburg gemeinnützige GmbH | KT-DS/287/2008 |
| 12 | Abberufung des Herrn Peter Jansen als Geschäftsführer der Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) Altenburger Land gemeinnützige GmbH | KT-DS/288/2008 |
| 13 | Abberufung des Herrn Peter Jansen als Geschäftsführer der Medizinisches Versorgungszentrum Schmölln gemeinnützige GmbH | KT-DS/289/2008 |
| 14 | Berufung eines Geschäftsführers für die Krankenpflegeschule Altenburg gemeinnützige GmbH | KT-DS/290/2008 |
| 15 | Berufung eines Geschäftsführers in der Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) Altenburger Land gemeinnützige GmbH | KT-DS/291/2008 |
| 16 | Bestellung weiterer Mitglieder für den Aufsichtsrat der Schmöllner Heimbetriebsgesellschaft mbH | KT-DS/292/2008 |
| 17 | Änderung der Besetzung des Psychiatriebeirates (Antrag der Fraktion Die Linke) | KT-DS/295/2008 |

Der Vorsitzende des Kreistages begrüßt die Anwesenden und übergibt zunächst das Wort an den Landrat.

Der Landrat ehrt im Auftrag des Thüringer Ministerpräsidenten Frau Renate Oehler und Frau Rosemarie Dreeßen für ihr ehrenamtliches Wirken im DRK mit dem „Ehrenbrief des Freistaates Thüringen“.

Verlauf der Sitzung:

Der Vorsitzende des Kreistages eröffnet die 26. Kreistagssitzung. Er stellt fest, dass die Mitglieder gemäß § 35 Abs. 2 ThürKO ordnungsgemäß unter Bekanntgabe der Tagesordnung geladen wurden und teilt er mit, dass der Kreistag beschlussfähig ist.

Zur vorliegenden Tagesordnung gibt es keine Änderungen. Sie wird einstimmig festgestellt.

TOP 1 Bürgeranfragen

Herr Klaus Hofmann, Direktor des Museums Burg Posterstein, hat als Vertreter des Museumsvereins Burg Posterstein eine Anfrage zur Restaurierung von Schloss Löbichau.

Er hatte heute ein Gespräch mit der zuständigen Oberen Denkmalschutzbehörde, woraus hervorging, dass nach der Sanierung des Schlosses von der Bausubstanz kaum etwas übrig sein wird und faktisch ein Neubau entsteht. Seine Frage lautet:

„Sind alle Versuche unternommen worden, geeignete Architekturbüros zu finden, die in der Lage sind, historische Bausubstanz und neue Nutzung so zusammen zu fügen, dass am Ende dieses historische Ensemble noch wieder zu erkennen ist und dass die Nutzung als Pflegeheim an diesem Standort gewährleistet werden kann? Ist daran gedacht, vielleicht eine Ausschreibung vorzunehmen, wo verschiedene Architekten die Möglichkeit haben, sich mit der Bausubstanz einfühlsam auseinander zu setzen und ein geeignetes Nutzungskonzept vorzulegen?“

Der Landrat antwortet, dass die Vorgaben der Heimmindestbauverordnung erfüllt werden müssen. Diese Standards sind mit dem gegenwärtigen Zustand nicht erreichbar. Deshalb muss ein Großteil neu gebaut werden, was nach Kostenschätzungen günstiger wird als die Sanierung der alten Substanz, die dann nicht als Alten- und Pflegeheim taugt. Er betont, dass wir gern eine andere Lösung gehabt hätten, wenn es gelungen wäre, eine andere Nutzung zu finden. In dem Fall wäre ein neues Heim gebaut worden. Aber da es keine andere Nutzung gibt, müsste das Schloss dem Verfall preisgegeben oder wie jetzt vorgesehen umgebaut werden. Es ist nicht zu verantworten, ein Gebäude in Millionenhöhe zu sanieren, um es dann leer stehen zu lassen. Der Denkmalschutz ist einbezogen und am Ende wird sich das Gebäude von außen genau so darstellen wie das heutige Gebäude. Lediglich die Mauer auf der Hofseite wird ein Stück nach außen versetzt, was die Optik aber nicht beeinträchtigt. Nun muss eine europaweite Ausschreibung erfolgen, wobei sehr darauf geachtet wird, dass von der historischen Substanz sehr viel weiter verwendet wird. Zur Zeit werden auch Fördermöglichkeiten geprüft. In der Phase der Ausführungsplanung werden auch Fachleute aus der Region hinzugezogen.

Herr Hofmann sieht seine Frage als beantwortet an.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die 25. Sitzung vom 05.12.2007

Der Vorsitzende verweist auf die gesetzliche Grundlage für die Genehmigung der Niederschrift (§ 112 i. V. mit § 42 Abs. 2 ThürKO). Er stellt fest, dass alle Mitglieder des Kreistages die Niederschrift erhalten haben und dass es keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche gibt.

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 25. Sitzung des Kreistages vom 05. Dezember 2007 wird einstimmig genehmigt.

TOP 3 Verschiedenes

TOP 3.1 Informationen des Landrates

Es gibt von Seiten des Landrates keine Informationen.

TOP 3.2 Anfragen aus dem Kreistag

Der Landrat informiert über den Bearbeitungsstand der Anfrage von Herrn Mittelstädt aus der KTS 05.12.07 - Thema Nutzung Fernwasser im Landkreis.
Die schriftliche Beantwortung der Anfrage erfolgt in der nächsten Zeit.

Der Vorsitzende teilt mit, dass eine schriftliche Anfrage vorliegt und übergibt das Wort an den Fragesteller, Herrn Sonntag.

Herr Sonntag führt aus:

„Die Eisenbahnstrecke Altenburg - Zeitz wurde mit Wirkung zum 15.12.07 im Abschnitt Altenburg – Kriebitzsch stillgelegt. Der Streckenrest wird von Kriebitzsch bis Meuselwitz als Bahnhofsnebengleis betrieben; ab Meuselwitz bis Zeitz bleibt die Strecke (vorerst) normal in Betrieb. Damit sind die Investitionen in der Ortslage Rositz, die Brücke im Verlauf der B 180 und die Werksanschlüsse des Industriestandortes des ehemaligen Teerverarbeitungswerkes obsolet geworden. Mit der Stilllegung dieser Bahnlinie hat die Stadt Altenburg nach der bereits erfolgten Stilllegung der Strecke nach Narsdorf in Sachsen nun auch endgültig die Bahnanbindung nach Sachsen-Anhalt eingebüßt.

Da in allen mittelfristigen Prognosen zur Verkehrsentwicklung von einer deutlichen Zunahme ausgegangen wird und bereits jetzt auf die unzureichende Vorbereitung der Transportwege der Eisenbahn auf diesen Zuwachs hingewiesen wird, ist der Erhalt der Querspangen und Netzmaschen im Schienennetz von strategischem Interesse. Gerade für die Landkreise, die noch über Flächenreserven für Industrie- und Gewerbeansiedlung verfügen, kann eine Bahnanbindung bei sich drastisch ändernden Randbedingungen im Straßentransport, so höhere Kosten und geringere Verfügbarkeit der Transitwege wegen deren Überlastung von entscheidender Bedeutung sein.

Daher frage ich den Landrat:

Sehen Sie die Handlungsnotwendigkeit des Kreises, im Rahmen der mittelfristigen Entwicklung der Verkehrsanbindung gerade der noch nicht ausgeschöpften Ressourcen bei Gewerbeflächen im nördlichen Teil des Landkreises die genannte Eisenbahnverbindung in zumindest potentiell wieder nutzbarer Form zu erhalten?

Wenn ja, wie werden Sie hier tätig?“

Der Landrat antwortet, dass nach seinen Erfahrungen mit der Bahn als einzige Lösung bliebe, die Strecke für viel Geld zu kaufen und dann instand zu halten. Auf dieser Strecke erfolgt seit Jahren kein Verkehr mehr. Es gab Bemühungen, private Bahnbetreiber für die Strecke zu interessieren. Das Ergebnis ist bekannt. Alle haben abgelehnt. Inzwischen wurde der Personennahverkehr über die THÜSAC organisiert und funktioniert reibungslos. Insofern sieht der Landrat nur eine eingeschränkte Handlungsmöglichkeit. Die Strecke ist durch Beschluss stillgelegt. Bevor sie abgemeldet wird, haben die Städte Altenburg und Meuselwitz sowie die Gemeinden Kriebitzsch und Rositz, also die Anlieger, mitzureden. Der Landkreis wird weiter intervenieren und mit seinen Möglichkeiten dafür werben, dass die Strecke nicht abgemeldet wird und vielleicht doch ein Investor

gefunden wird, der Verkehr auf die Strecke bringen will. Nur damit hat die Strecke Zukunft, alles andere sind politische Wunschträume.

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Anfrage damit beantwortet ist.

Er räumt den KTM ein, mündliche Anfragen vorzutragen.

Es gibt keine Wortmeldungen. Der Vorsitzende schließt den TOP.

KT-DS/281/2008

TOP 4 Haushaltssatzung und Haushaltsplan für die Jahre 2008 und 2009 des Landkreises Altenburger Land

Der Landrat erklärt, dass der Haushalt gesetzeskonform vorliegt und heute beschlussreif ist. In allen Ausschüssen erfolgten umfangreiche Beratungen, Änderungen wurden eingearbeitet. Der Haushalt ist in beiden Jahren ausgeglichen. Bei wesentlichen Abweichungen ist ein Nachtragshaushalt erforderlich, für 2009 ist das ohnehin angezeigt. Er sieht es als richtig an, den Haushalt erst zur Beschlussfassung vorzulegen, nachdem das Land Ende 2007 die entsprechenden Gesetze verabschiedet hat. Natürlich sind die Auswirkungen aus den neuen Regelungen zum Thüringer Finanzausgleich für uns nicht einfach umzusetzen. Die Auswirkungen sind, soweit bekannt, Bestandteil des Haushaltes.

Für die verschiedensten Zuweisungen liegen noch nicht alle Bescheide vor. Neu ist die Kommunalisierung von zwei staatlichen Ämtern. Das ist im Plan ebenfalls eingestellt. Insgesamt sollen 2008 und 2009 rd. 222 Mio. € bewirtschaftet werden. Für jedes Haushaltsjahr besteht ein hoher Anspruch. Sparsamster Umgang mit allen finanziellen und personellen Ressourcen wird weiterhin Maßstab sein, wie es auch in der Vergangenheit war.

Die ersten Schritte zur Überleitung von Einrichtungen in andere Trägerschaft wurden bereits realisiert.

Für 2009 steht die Überleitung des Lindenau-Museums an. Das ist auch der Wille der Fraktionen und des Ausschusses.

Nicht unproblematisch ist die Entwicklung der Soziallasten. Allein Hartz IV hat in den letzten 3 Jahren 6 Mio. Euro mehr gekostet. Wir hoffen auf eine gewisse Entspannung im Bereich der Leistungen nach dem SGB II (Hartz 4). Das können aber nur kleine Schritte sein. Zu unseren Gunsten wird sich daran nicht viel ändern, das ist der sozialen Situation im Landkreis geschuldet. Es werden sich die Ausgaben für Sozialhilfe, Grundversicherung, Eingliederung und die Jugendhilfe aufgrund höherer Fallzahlen weiter erhöhen. Mit nach wie vor rund 54 % Sozialausgaben im Verwaltungshaushalt besteht eine sehr hohe Mittelbindung. Mit Blick auf die viel diskutierte Kreisumlage verweist der Landrat darauf, dass es nicht **die** Hilfsbedürftigen des Landkreises gibt. Es sind Bürgerinnen und Bürger der Städte und Gemeinden, für die der Landkreis hier eine gesetzlich vorgegebene Dienstleistung zu erbringen hat.

Neben den pflichtigen Aufgaben sollen Aufgaben der allgemeinen Daseinsvorsorge weitergeführt werden. Diese sind von je her in kreislicher Verantwortung.

Neben kulturellen Einrichtungen, zu denen in den Ausschüssen viel über deren Sinn diskutiert wird, wäre insbesondere die Unterstützung der Flugplatzgesellschaft zu nennen. Wir haben viel getan, um den jetzigen allgemein akzeptierten Stand zu erreichen. Die entsprechenden Zuschüsse sind im Haushalt eingestellt. Vom Land sind Fördermit-

tel avisiert und darüber hinaus sind verschiedene Aktivitäten für die Zukunft angezeigt. Wir setzen aber auch weiterhin auf Wachstum.

In den Vorberatungen der Ausschüsse wurden umfänglich die Umlagen diskutiert. Der Landrat weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass insbesondere für das Jahr 2009 eine Präzisierung dahingehend erfolgen wird, dass nach Vorlage der aktuellen Umlagekraft der Städte und Gemeinden die Umlagesätze neu ermittelt werden müssen. Das Umlagesoll der Schulumlage soll 2008 2.059.000 € und 2009 2.064.000 € betragen. Der Umlagesatz beläuft sich danach auf rd. 5,5 bzw. 5,4 %. Die Ermittlung der Schulumlage ist im Vorbericht ausführlich dargestellt.

Die Kreisumlage ist für 2008 mit 21.897.000 € und für 2009 mit 22.339.000 € in der Haushaltssatzung enthalten. Der Umlagesatz beträgt 36,45 %.

In der Bürgermeisterdienstberatung am 14. Januar wurde der Kreishaushalt umfangreich vorgestellt und alle Fragen einvernehmlich besprochen.

Die Ergebnisse aus Gerichtsurteilen zum Thema Kreisumlage wurden bei der Erarbeitung des Haushaltes weitestgehend beachtet.

Im Vermögenshaushalt ist die Fortsetzung unseres Schulinvestitionsprogramms Schwerpunkt.

Der Landrat dankt an dieser Stelle auch den Bürgermeistern der Städte und Gemeinden, die mit ihren Städtebaufördermitteln auch ihren Beitrag leisten.

Mit den gemeindlichen Städtebaufördermitteln sollen insgesamt rd. 6 Mio. € für dieses Programm eingesetzt werden. Das sind Investitionen für unsere Kinder, Investitionen in die Zukunft, so der Landrat.

Die geplanten Maßnahmen im Kreisstraßenbereich stehen teilweise unter dem Vorbehalt der Bereitstellung von Fördermitteln. Darüber hinaus sollen für die Gemeinschaftsmaßnahme mit der Deutschen Bahn am Bahnübergang in Großstöbnitz 230 T€ in diesem Jahr bereitgestellt werden. Auch für Saara werden in diesem Jahr beträchtliche Mittel bereit gestellt.

Für die Anschaffung von beweglichem Vermögen, also Ausstattungen und Technik, sollen 2008 540 T€ und 2009 418 T€ eingesetzt werden.

Für den Bau von Stellplätzen der Stützpunktfeuerwehr in Meuselwitz sind in beiden Jahren jeweils 153 T€ eingestellt.

Bekannter Weise ist die allgemeine Investitionspauschale ersatzlos weggefallen, deshalb müssen wir das an anderer Stelle kompensieren.

Die Schulinvestitionspauschale mit rd. 700 T€ ermöglicht neben unserem Schulinvestitionsprogramm zusätzlich noch verschiedene dringende Baumaßnahmen in weiteren Schulen. Der Landrat hofft, dass wir in einigen Jahren durchweg gut sanierte Schulen haben werden. Mit unserem Programm wurde ein riesiger Schritt nach vorn getan.

Kreditaufnahmen sind nicht vorgesehen. Bis Ende 2009 soll sich die Ist-Verschuldung auf 37,5 Mio. € verringern.

Der Finanzplan 2007 bis 2011 ist auf Grundlage der aktuellen Gesetzeslage sowie nach Trendberechnungen, Erfahrungswerten, wahrscheinlichen Fallzahlenentwicklungen aufgestellt. Unwägbarkeiten ergeben sich insbesondere aus der weiteren Kommunalisierung von Landesaufgaben, wodurch aber auch ein stärkeres Leistungsprofil erlangt wird. So lange das Konnexitätsprinzip gewahrt ist, ist das in Ordnung. Ab 2010 soll es ein neues Finanzausgleichsgesetz geben. Deshalb sind die Aussagen im Finanzplan ab 2010 sehr vage.

Das Investitionsprogramm ist insgesamt sehr überschaubar. Das resultiert ganz einfach aus den mehr und mehr eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten. Allein an den Kreisstraßen müsste das 4- bis 5-fache dessen investiert werden, was jetzt im Plan ist.

Ab 2011 sind die ersten Gelder für den Knotenpunkt Gößnitz Nord im Rahmen der Gesamtmaßnahme Ortsumgehung Gößnitz veranschlagt. Am Montag hat eine Verhand-

lung im Wirtschaftsministerium stattgefunden, es wurde ein neues Finanzierungsmodell gefunden, wonach die geplanten 2 Mio. Euro nicht voll gebraucht werden. Die bisherige Variante hätte bedeutet, dass für die nächsten 2 Jahre sämtliche Fördermittel für den Kreis in dieses Projekt geflossen wären. Der Landrat dankt an dieser Stelle Herrn Schröter für seine Unterstützung.

Dem Doppelhaushaltsplan liegen die Wirtschaftspläne des Dienstleistungsbetriebes Abfallwirtschaft/Kreisstraßenmeisterei und der Gesellschaften mit kreislicher Beteiligung bei. Im Vorbericht sind auch dazu Ausführungen enthalten.

In den Haushaltsberatungen ist sehr gut sichtbar geworden, dass wir weiter eine sehr angespannte Situation haben, aber dass wir die vorhandenen Spielräume nutzen, um unseren Landkreis weiter voranzubringen. Das kann aber nur gemeinsam gelingen.

Deshalb bittet der Landrat um Zustimmung zum Doppelhaushaltsplan 2008/2009 und dankt für die Aufmerksamkeit.

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf den schriftlich vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und bittet um Begründung.

Frau Reimann verweist eingangs darauf, dass der Änderungsvertrag nicht formuliert wurde, um den Haushalt platzen zu lassen. Der Fraktion ist der Haushalt wichtig, sie will nicht, dass der Landkreis seine Aufgaben nicht erfüllen kann. Der Antrag wurde auch nicht deshalb gestellt, um eine gute Presse zu haben. Sie freut sich über die dazu öffentlich in der Presse stattgefundenene Diskussion und meint, dass sie lieber darüber und über die daraus entstandenen Ideen z.B. der Stadt Altenburg und Lucka diskutiert als ewig lange über eine Müllsatzung und 2 Pflichtentleerungen.

Hinsichtlich der Finanzierung des Antrages verweist sie darauf, dass dieser im Zeitraum der Verabschiedung des Landeshaushaltes zustande gekommen ist, wo es um Mehreinnahmen für die Kommunen ging. Bis heute allerdings ist nicht klar, wo diese Mehreinnahmen herkommen sollen. Deshalb ist das verplante Geld noch gar nicht vorhanden. Ein Griff in die Rücklage, die Erhöhung der Kreisumlage oder Einsparung an anderer Stelle wären Finanzierungsmöglichkeiten. Darüber sollte aber der Finanzausschuss beraten. Letztendlich geht es darum, im Kreistag eine politische Entscheidung zu treffen. Sie bedankt sich für die Zuarbeit von Herrn Kopplin und erinnert daran, dass wir im Jahr 2007 427.946 Essenportionen ausgegeben und mit je 43 Cent gestützt zu haben, was nur wenige Landkreise tun. Das sind 184 000 Euro und eine politische Entscheidung und dafür dankt sie. Der Antrag der Fraktion ist als Ergänzung dazu zu verstehen. Sie verweist auf die steigende Kinderarmut, die in Thüringen jeden Vierten betrifft und im Landkreis noch höher liegt. Der Altersdurchschnitt in unserem Landkreis ist sehr hoch, besonders deshalb sollte jedes Kind wichtig sein, was hier geboren und aufgewachsen ist und hier bleibt. Sie kann sich nicht damit abfinden, dass Kinder ohne Frühstück zu Schule kommen und dem Unterricht nicht folgen können, weil sie unterzuckert sind, da nützt es auch nichts, wenn die Lehrerzahl erhöht wird. Sie kann sich auch nicht damit abfinden, dass nur die bedürftigen Kinder versorgt werden. Sie möchte nicht, dass die Kinder in der Schule per Dekret ihre Schichtzugehörigkeit zeigen müssen wie z. B. bei den kostenlosen Lernmitteln für Hartz-IV-Empfänger. Alles, was Kinder gebrauchen und nicht missbrauchen können, soll frei sein, verlangt Frau Reimann. Sie schlägt vor, die Schulkonferenzen einzubeziehen, um auch andere Ideen zu finden und bittet darum, den Antrag nicht zu „beerdigen“.

Der Antrag lautet:

„1. Der Landkreis stellt ab dem Jahr 2008 (2. Schulhalbjahr 07/08) sicher, dass jedes Kind im Grundschulalter mit 0,25 Liter frischer Milch pro Schultag kostenlos versorgt wird.

Dazu wird unter der Haushaltstelle 20000 FD Schulverwaltung eine neue Haushaltstelle eingefügt.

2. Die entstehenden Mehrkosten bei den Ausgaben für Schülerspeisung an den Grundschulen des Landkreises und der Kreisstadt Altenburg in Höhe von rund 123 720 Euro werden gedeckt durch Mehreinnahmen des Landkreises durch höhere Landeszuweisungen.“

Herr Schemmel begrüßt den Doppelhaushalt, obwohl Nachträge vorprogrammiert sind. Die SPD-Fraktion wird heute mehrheitlich dem Haushalt zustimmen, aber ohne Begeisterung in Anbetracht der Erhöhung der Kreisumlage um rund 2 Mio. Euro und auch nicht im Schulterschluss mit dem Landrat. Die Fraktion wünscht sich wesentlich mehr Mittel für Investitionen. Sie wird mehrheitlich zustimmen wegen der Einsicht in Zwänge, Vorgaben und Notwendigkeiten. Er stellt fest, dass die finanzielle Ausstattung unzureichend ist. Ursächlich hierfür ist auch der von der Regierung vorgegebene Finanzausgleich für 2008 und 2009, der zwei entscheidende Fakten nicht berücksichtigt, nämlich das Urteil des Landesverfassungsgerichtes vom 21. Juni 2005, worin festgeschrieben ist, dass die Kommunen eine angemessene finanzielle Ausstattung haben müssen und auch noch Spielräume für freiwillige Leistungen. Das hat die Regierung nicht und teilweise sogar falsch berücksichtigt. Der zweite Punkt ist, dass von den signifikant gestiegenen Steuereinnahmen des Landes (800 - 900 Mio. Euro) nichts an die Kommunen durchgereicht wurde. Zwar muss das Land sparen, aber die Investitionspauschale abschaffen, die Schlüsselzuweisungen kürzen und gleichzeitig 900 Mio. Euro selbst einnehmen, das ist nicht der solidarische Umgang, den Kommunen vom Land erwarten können. Das Land verweist auch auf gestiegene Steuereinnahmen in den Kommunen, wobei Landkreise aber keine eigenen Steuereinnahmen, sondern für ihren Defizitausgleich nur die Kreisumlage haben. Der Kreishaushalt ist zu weit über 90 % durch Gesetze, Pflichtaufgaben, freiwillig übernommene Verpflichtungen (Theater, Museen) gebunden. Damit ist ein Sparen eigentlich nicht mehr möglich. Weder beim Lindenau-Museum noch bei der Musikschule, bei der Schuljugendarbeit und Jugendarbeit soll gespart werden. Theoretisch bleibt nur das Personal übrig. Bei fairer Betrachtung muss man feststellen, dass seit Bestehen des Haustarifvertrages 2004 64 Stellen reduziert wurden ohne betriebsbedingte Kündigungen, das sind 11 Prozent bei nur 5 % weniger Bevölkerung. In dem Wissen, dass dieser Vergleich nicht optimal ist, stellt Herr Schemmel fest, dass die Verwaltung nicht nur gekürzt, sondern auch effektiver geworden ist.

Von 2007 bis 2008 sind 3 Stellen mehr ausgewiesen. 16 Stellen sind jedoch durch die Kommunalisierung der Umweltämter sowie der Versorgungsämter hinzugekommen, so dass 13 Stellen eingespart wurden. Er erinnert daran, dass 2008 der Haustarifvertrag ausläuft und an die angekündigten Tarifverhandlungen. Er ist sich sicher, dass ein neuer Tarifvertrag nicht gerade zu Einsparungen bei den Personalkosten führen wird. Es ist die Pflicht, dafür zu sorgen, dass es immer einen Einstellungskorridor für junges Personal gibt. Er verweist darauf, dass im Landkreis Greiz wesentlich mehr Ausbildung erfolgt und in Anbetracht einer eventuellen Gebietsreform sich die Verwaltung dann überwiegend aus Greizer Personal zusammensetzt. Eine gewisse Balance ist auch hier zu halten. Das Personal ist also auch nicht geeignet, um die fehlenden 2 Mio. einzusparen, um die sich die Kreisumlage erhöht. Deshalb muss neben punktuell Sparen in die Zukunft geschaut werden. In Thüringen wird eine Verwaltungsreform auf staatlicher Ebene gebraucht, eine Umverteilung der Aufgaben, eine Kreisgebietsreform und eine kluge und vernünftige Gemeindegebietsreform. Beim Zusammenschluss von Kreisverwaltungen kann niemand erwarten, dass im Moment des Entstehens dort die Einsparungen zutage treten. Sie treten erst ein, wenn über einige Jahre dieser Prozess begleitet und bestimmt werden kann. Unsere Zielfunktion muss 2020 sein, denn dann hat das Land etwa 40 % weniger finanzielle Mittel und 15 % weniger Menschen. Deshalb muss jetzt mit der Kreisgebietsreform begonnen werden. Herr Schemmel möchte an diejeni-

gen, die auch in der nächsten Wahlperiode wieder im Kreistag tätig sind, appellieren dieses Thema im Auge zu behalten und als Schwerpunkt zu sehen. Ohne eine ordentliche Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen können viele Aufgaben nicht mehr gelöst und keine entscheidenden Einsparungen in der Verwaltung erzielt werden.

Hinsichtlich des Antrages zur Schulmilchversorgung informiert Herr Schemmel über die Meinung der Fraktion. Es gibt in Thüringen ein Problem: Schulspeisung wird insbesondere von jüngeren Schülern aus vielerlei Gründen nicht entsprechend angenommen. Mit diesem Problem will sich die Fraktion beschäftigen, aber nicht in der Form, wie es die Linke will. Die SPD-Fraktion möchte das Thema auf die Tagesordnung im Sozialausschuss setzen und darüber reden unter Einbeziehung der Eltern, unter ernährungsphysiologischen Gesichtspunkten usw. Deshalb wird die Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen, sondern die Verweisung in den Sozialausschuss vorschlagen. Für den Gesamthaushalt signalisiert er die mehrheitliche Zustimmung der Fraktion.

Herr Schemmel *beantragt, den Antrag der Fraktion Die Linke in den Sozialausschuss zu verweisen, mit der Bitte, dass dieser Ausschuss anhand der verschiedenen Thüringer Modelle prüft, wie im Landkreis Unterstützung gegeben werden kann.*

Herr Bugar nimmt Bezug auf die Ausführungen von Frau Reimann. 12 g Kohlenhydrate, 8,25 g Eiweiß, 3,5 g Fett - 165 kcal Brennwert hat $\frac{1}{4}$ Liter Milch. Damit können die von Frau Reimann geschilderten Defizite nicht beseitigt werden. Milch ist sicherlich ein wichtiger Ernährungsbestandteil, fehlendes Frühstück oder Mittagessen können 250 ml kostenlose Milch nicht ersetzen und damit eine ausreichende Teilhabe an Bildung sichern. Die Ursachen sind im häuslichen Umfeld zu suchen: kein geregelter Tagesablauf, wenig Zeit für die Kinder, falsche Ernährung, TV und PC-Spiele ohne zeitliche Begrenzung, kurz, die Eltern setzen falsche Prioritäten. Bei Gesprächen mit Pädagogen hat Herr Bugar festgestellt, dass sich der Verzehr von Milch von der 1. bis zur 4. Klasse verringert. Als Grund wird angegeben, dass Milch den Kindern nicht schmeckt oder dass sie den Eltern zu teuer ist. In den wenigsten Fällen geht es darum, kein Geld zu haben. Deshalb schlägt er vor, Milch nicht nach dem Gießkannenprinzip auszubringen, sondern die Eltern zu erfassen, wo es objektive Gründe für eventuellen Geldmangel gibt. Der Aufwand wird sich im Rahmen halten, denn die Problemfamilien sind nur ein Bruchteil. Aber genau diesen Familien sollte schnellstens geholfen werden, sich ausreichen zu ernähren. Die Finanzierung, die deutlich kleiner sein wird, könnte im zuständigen Ausschuss beraten werden. Darüber hinaus sollte Aufklärung über richtige Ernährung, beginnend in den Kindertagesstätten mit den Eltern erfolgen. In diesem Zusammenhang erscheint Herrn Bugar auch die materielle Unterstützung der ehrenamtlichen Übungshelfer sehr wichtig. Gesunde Ernährung und Sport sind eine gute Kombination. Dem Änderungsantrag der Linken wird die FDP nicht zustimmen.

Herr Melzer spricht ebenfalls zum Änderungsantrag der Linken. Bei allem Respekt vor der Sorge um unsere Kinder ist der Antrag für die CDU-Fraktion nicht zielführend und wirkt eher wie ein Zwang. Er entspricht nicht unseren Grundwerten, wie dem Freiheitsbegriff, sich nämlich für alle Dinge, die man tut, selbst zu entscheiden. Der konkrete Antrag wird eher als eine Art Geldverschwendung gesehen. Er erinnert an den Versuch im Lerchenberggymnasium, Milch zu verteilen. Die Milch wurde zwar angenommen, landete aber im Müll und in Papierkörben. Die CDU-Fraktion geht davon aus, dass der Staat mit dem jetzigen Sozialsystem die Voraussetzungen geschaffen hat, dass bedürftige Menschen eine Grundversorgung erhalten. Er verweist darauf, dass über 50 Mio. Euro für Sozialleistungen ausgegeben werden. Der Ruf nach dem Staat, wenn es Probleme gibt, löst die Probleme nicht. Es gilt vielmehr, wieder verstärkt Werte zu vermitteln (Familie, Kinder). Das sieht Herr Melzer auch als Aufgabe der Kommunalpolitiker an. Er

verweist auf die Pflicht des Sozialamtes, bei gesundheitlichen Problemen oder Verhaltensauffälligkeiten von Kindern in Einrichtungen zu reagieren und ist überzeugt, dass das Amt dazu in der Lage ist. Letztlich ist es keine Frage des Geldes, sondern das verantwortungsbewusste Verhalten der Eltern, die Kinder ausreichend zu ernähren. 6 Euro Milchgeld im Monat müssen im jetzigen System, in dem wir leben, für jede Familie machbar sein. Deshalb wird die CDU-Fraktion mehrheitlich diesem Antrag nicht zustimmen.

Abschließend verweist er darauf, dass im Landkreis mehrere Streuobstwiesen angelegt wurden. Diese könnten - nach rechtlicher Prüfung - im Rahmen eines Schulprojektes in Pflege genommen und kostenloses Obst geerntet werden.

Herr Scholz findet es beschämend und traurig, dass in einem solch reichen Industrieland über Milchversorgung gesprochen wird, die eigentlich selbstverständlich sein müsste.

Er bringt seine Enttäuschung darüber zum Ausdruck, dass anlässlich der Bürgermeisterdienstberatung am 14. 01. 2008 sich kein Bürgermeister zur Kreis- und Schulumlage zu Wort gemeldet hat. Er weiß, dass die Kreisumlage sein muss, aber sie behindert die Kommunen. Er fordert, die Kreisumlage zu senken. Mit Blick auf die Verschuldung der Kommunen erklärt er, dass er in seiner Amtszeit als Bürgermeister und Kreistagsmitglied keine Schulden gemacht hat. Deshalb hat er kein Verständnis dafür, ständig Mehreinnahmen nur für den Schuldenabbau zu verwenden, statt einen Teil den Kommunen zur Verfügung zu stellen. Er bittet den Landrat, weiterhin an der Senkung der Kreisumlage zu arbeiten und bis zur übernächsten Kreistagssitzung eine Übersicht über die Kreisumlage aller thüringischen Landkreise vorzulegen.

Frau Fache bestätigt, dass der Zweck des Fraktionsantrages die Eröffnung einer Diskussion war. Sie begrüßt den Antrag von Herrn Schemmel, darüber nachzudenken, wie der Prozess in Gang gebracht werden kann. Wenn es so leicht wäre, Werte zu vermitteln, dann hätte man es wahrscheinlich in vielen Bereichen mit Elternarbeit usw. schon geschafft. Werte müssen verinnerlicht werden, damit sie gelebt werden können und das ist ein ungeheuer langwieriger Prozess, und wenn es diese hier angesprochenen Probleme betrifft, haben wir nicht die Zeit dafür.

Herr Ronneburger stellt fest, dass der vorliegende Haushalt in allen Teilen ausgeglichen ist und dass sich dennoch die seit Jahren angespannte Haushaltssituation fortsetzt. An Herrn Schemmel gewandt erklärt er, dass man die Fragen nach dem Sparen nicht immer mit nein beantworten kann. Auch im Wirtschaftsausschuss wurde intensiv darüber gesprochen. Wenn man wirklich sparen will, dann soll man auch ehrlich sagen an welcher Stelle. Im vorliegenden Plan ist es gelungen, wichtige Einrichtungen wie Museen und Musikschule vor schmerzhaften Einschnitten oder gar Schließung zu bewahren. Dafür bedankt er sich im Namen der CDU-Fraktion bei allen Beteiligten herzlich. Herr Ronneburger weist darauf hin, dass sich sowohl der Verwaltungs- als auch der Vermögenshaushalt in diesem Jahr wesentlich verringern. Die Ursachen reichen von geringeren Zuweisungen bis zur Verringerung der eigenen Einnahmen. Auch in Zukunft rechnet er nicht mit einer wesentlichen Verbesserung der Finanzausstattung. Stetig steigende Ausgaben für Sach- und Personalkosten bei weiterem Bevölkerungsrückgang kommen hinzu. 54 % des Verwaltungshaushaltes werden für soziale Ausgaben gebraucht. Die Auflösung der ARGE war ein richtiger Schritt, um wenigstens die Verwaltungskosten abzusenken. Unser gemeinsames Ziel sollte es sein, wieder einen Anlaufpunkt für alle Leistungsbezieher gemeinsam mit der Arbeitsagentur Altenburg zu finden, wie es auch in anderen Landkreisen möglich ist.

Mehr denn je müssen alle Ausgaben auf den Prüfstand gestellt werden, besonders bei den freiwilligen Leistungen muss eine große Effizienz bei hoher Qualität erzielt werden. Es geht nicht darum, Einrichtungen kaputt zu sparen, sondern deren Bestand langfristig zu sichern. Dazu muss man auch neue Wege gehen, wie das Mauritianum und Burg Posterstein beweisen.

Besonders der Vermögenshaushalt stellt die CDU-Fraktion nicht zufrieden. 2009 und in den Folgejahren reduzieren sich die Einnahmen auf 6,8 Mio. Euro gegenüber 15,7 Mio. Euro 2008. Besonders der Rückgang bei den Baumaßnahmen wird sich negativ auf die Situation der einheimischen Bauwirtschaft und des Handwerks auswirken.

Der Erhalt und weitere Ausbau unserer Kreisstraßen ist künftig auch kritisch zu betrachten. Dafür geben wir gegenwärtig so viel Geld aus, dass die Straßen eine Lebensdauer von 70 - 80 Jahren haben müssten. Andererseits gibt es noch sandgebundene Kreisstraßen, die mit ordentlichem Belag versehen werden müssen.

Die CDU-Fraktion steht zum Ausbau des Flugplatzes und zur Sanierung des Pflegeheimes Löbichau. Herr Ronneburger bedankt sich auch im Namen der Fraktion bei allen Mitarbeitern, besonders bei Frau Wecker, herzlich für die Erarbeitung des Planes.

Im Namen der CDU-Fraktion bringt Herr Ronneburger einen Änderungsantrag zum HH-Plan ein. Mit Beschluss des Kreistages 103 vom 01. 06. 2005 wurde der Schul-, Kultur- und Sportausschuss beauftragt, ein Entwicklungskonzept für die Kultureinrichtungen des Landkreises zu erarbeiten. Ziel des Konzeptes war der Fortbestand der Einrichtungen bei hoher Qualität und Reduzierung der Zuschüsse. Er verweist auf die geänderte Trägerschaft für Mauritianum und Burg Posterstein sowie die Finanzierungsvereinbarung für die TPT GmbH. Lediglich für Volkshoch-, Musikschule und Lindenau-Museum wurde keine Lösung gefunden. Um die Zukunft dieser Einrichtungen durch eine gesicherte Finanzierung stabil zu garantieren, bringt die CDU-Fraktion folgenden Beschlussvorschlag ein:

„Der Kreistag beschließt für das Jahr 2009 eine Haushaltssperre über die gesamten UA 3100 für das Lindenau-Museum, 33300 für die Musikschule und 35000 für die Volkshochschule. Die Haushaltssperre gilt bis zur Entscheidung über die zukünftige Betriebsform bzw. Trägerschaft. Das Entwicklungskonzept für die Kultureinrichtungen des Landkreises Altenburger Land ist für diese 3 Einrichtungen bis zum 3. Quartal 2008 fortzuführen und dem Kreistag zur Entscheidung vorzulegen.“

Herr Ronneburger bittet um Zustimmung.

Herr Schalla stellt fest, dass 54 % der Ausgaben in die gesetzlich vorgeschriebenen sozialen Leistungen fließen, die wir nicht beeinflussen können. Weder die spärlich gesunkene Arbeitslosigkeit noch die Abwanderung von jungen Menschen und die damit verbundene Ausblutung unseres Landkreises werden in absehbarer Zeit eine Verbesserung dieses Ausgabenbereiches herbeiführen.

Wie in den meisten Dienstleistungsunternehmen in der freien Wirtschaft ist auch in der öffentlichen Verwaltung der Anteil der Personalkosten überdimensional hoch. Er erwartet, dass bei ständig fallender Einwohnerzahl auch in der Verwaltung des Landkreises reagiert wird. Er fragt, warum die touristische Vermarktung nicht in private Hände gegeben wird. Private können das oftmals besser, was viele Beispiele in Thüringen und in angrenzenden Bundesländern beweisen. Weiter stellt sich für die FDP-Fraktion immer wieder die Frage, ob Wirtschaftsförderung eine Pflichtaufgabe des Landkreises ist. Seit Jahren stößt die Fraktion bei diesen Fragen auf taube Ohren.

Hinsichtlich der finanziellen Ausstattung des Flugplatzes stellt Herr Schalla fest, dass der Landkreis als Hauptgesellschafter in der Vergangenheit seinen Pflichten mehr als genügend nachgekommen ist. Die FDP-Fraktion wird auch zukünftig hinter der finanziellen Belastung stehen. Doch sollten andere Fraktionen künftig darüber nachdenken,

vakante Gesellschafteranteile zum Landkreis zu übernehmen, was zwangsläufig zur Erhöhung der Kreisumlage führen würde, um letztendlich eine gerechtere Verteilung der Kosten auf den gesamten Landkreis zu erreichen, kann mit den Stimmen der FDP-Fraktion nicht gerechnet werden, erklärt Herr Schalla. Das gilt auch für zusätzlichen Finanzbedarf und für den Umgang mit dem Krankenhaus. Er verweist auf Presseveröffentlichungen, worin eingeschätzt wird, dass in den kommenden Jahren die Krankenhäuser in ein Milliardenloch stürzen werden. Die Fraktion begrüßt es, dass mit dem neuen Geschäftsführer ab 01. April ein Entwicklungskonzept für das Krankenhaus erstellt werden soll. Ein wesentlicher Grundstein für ein funktionierendes Krankenhaus sind motivierte Ärzte sowie Fach- und Pflegepersonal. Unser Krankenhaus muss sich den Bedürfnissen des Marktes anpassen. Dafür wird viel Geld benötigt. Es ist bekannt, dass es dem Krankenhaus finanziell recht gut geht. Aber damit das so bleibt, kann das Krankenhaus nicht pausenlos als Geldgeber für die verschiedensten Projekte des Landkreises erhalten.

Weiter stellt Herr Schalla fest, dass die Übertragung des Mauritianums und der Burg Posterstein an Vereine erfreulich ist und damit die Ausgaben für diese Einrichtungen gedeckelt sind. Dafür dankt er auch den Vereinen. Für das Lindenau-Museum sieht er die Änderung der Betriebsform in realistischer Sichtweite. Bis zum 31. 12. 2009 muss die Betriebsform verändert sein, damit das Museum ab 2010 nicht mehr in der jetzigen Form im Kreishaushalt erscheint. Er weist darauf hin, dass das Museum für unseren Kreis von enormer Bedeutung ist. Er erinnert an den heute ausgelegten Artikel der Süddeutschen Zeitung „Endlich Innehalten“, der darstellt, dass es in Deutschland kein vergleichbares Museum mit derartigen Schätzen gibt, aber auch kein vergleichbares Museum mit so wenig Besuchern. Wenn das Lindenau-Museum einen Bruchteil seiner Exponate ins Ausland verleiht, kommen Zehntausende Besucher. Hier muss angesetzt werden zu agieren.

Hinsichtlich der Musikschulen erklärt Herr Schalla seine Zufriedenheit, dass mit vorliegendem Haushaltsentwurf nicht über eine Schließung nachgedacht werden muss. Die Landesregierung hat sämtliche Zuschüsse für die Musikschulen gestrichen und die Kreisverwaltung, die sich freiwillig für die musische Erziehung unserer Kinder verantwortlich fühlt, verliert darüber kein Wort, stellt er fest. Er fragt, warum das Problem nicht mit der Öffentlichkeit erörtert und nach möglichen Wegen aus der Misere gesucht wird. Es kann nicht die Aufgabe des Schul-, Kultur- und Sportausschusses sein, Wege aus diesem Schlamassel aufzuzeigen. Herr Schalla versichert, dass der Ausschuss die Themen Lindenau-Museum und Musikschule aktiv begleiten und seine Vorstellungen einbringen wird, die notwendigen Entscheidungen vorbereiten können aber nur die Einrichtungen selbst unter Mitarbeit der Kreisverwaltung.

Abschließend erklärt er, dass die Mehrheit der FDP-Fraktion der Annahme des Doppelhaushaltes zustimmen wird.

Herr Tempel nimmt Bezug auf Veröffentlichungen in den Medien, wonach mehr Geld in Bund, Ländern und Kommunen vorhanden ist. Der interessierte Bürger fragt nach, was mit diesem Geld passiert. Die Fraktion hat in den vergangenen Jahren aus Einsicht in die Notwendigkeit dem Haushalt zugestimmt, aber man muss sich fragen, ob diese Einsicht in die Notwendigkeit immer der richtige Weg ist. Er schickt voraus, dass der Haushalt ausgeglichen und korrekt ist trotz der schwierigen Situation. Er dankt in erster Linie denen, die daran gearbeitet haben, wie Frau Wecker und ihren Mitarbeitern.

Er nimmt Bezug auf die Vorbemerkungen zum Haushalt, wo einige Umstände sehr genau benannt sind: immer weniger Gestaltungsraum für die Kreisräte, Streitigkeiten der Bürgermeister mit den Kreisräten über die Kreisumlage, zu wenig Geld auf beiden Seiten, um nicht nur die Pflichtaufgaben zu erfüllen, sondern auch einen notwendigen poli-

tischen Gestaltungsspielraum zu haben, zeugen davon, dass etwas nicht in Ordnung ist und man muss nach den Ursachen suchen. Gestaltungsspielraum ist kommunale Selbstverwaltung und diese ist an dieser Stelle nicht mehr gewährleistet. Es gibt nicht nur die gesetzlichen Pflichtaufgaben, sondern auch eine moralische Verpflichtung gegenüber der eigenen Bevölkerung, mehr zu machen als das, was gesetzlich geregelt ist. Herr Tempel hat sich bei Bürgermeistern erkundigt und auch im Finanzausschuss nachgefragt - das vom Finanzministerium angekündigte Mehr an Geld ist nicht angekommen. Mit den wenigen verfügbaren Mitteln müssen trotzdem Verpflichtungen erfüllt werden. Wir sind der Landkreis mit den zweithöchsten Ausgaben für Kultur, daran haben alle Fraktionen ihren Anteil, es ist gemeinsamer politischer Wille und darauf können wir stolz sein. Herr Tempel spricht seine Zuversicht aus, dass es auch künftig gemeinsam mit allen Fraktionen gelingt, dieses gewaltige politische Vorhaben aufrecht zu erhalten. Die negative Seite zeigt sich u. a. in der Abwanderung der Bevölkerung und in der Kinderarmut. Die Mittel sind beschränkt, deshalb muss man sehen, wo es Veränderungen gibt, was richtig oder falsch gemacht wurde.

Die Auflösung der ARGE ist eine Veränderung. Die Fraktion hat sich damit kritisch auseinandergesetzt. Im Plan ist ersichtlich, dass mit der Trennung erhebliche finanzielle Mittel eingespart werden können, damit ist das zumindest in finanzieller Hinsicht der richtige Schritt. Abzustreiten ist hierbei nicht, dass damit zusätzlicher Aufwand für die Betroffenen verbunden ist. Er stellt fest, dass Hartz-IV-Empfänger in ihren Gemeinden vor Ort ihre Anliegen zu den Kosten der Unterkunft erledigen können. Er schätzt ein, dass auch an diesem Problem weiter gearbeitet wird und man auf dem richtigen Weg ist. Eine künftige gemeinsame Arbeit mit der Agentur würde von der Fraktion unterstützt werden, wenn nicht der Bund die Kosten auf die Kommunen abwälzt. Ebenfalls wird die Bundesbeteiligung bei den Kosten für Unterkunft und Heizung von 31,8 % auf 28,6 % in dem Glauben an eine Verringerung der Gesamtkosten gesenkt, was nicht der Fall ist. Die Realität sieht anders aus. Da Herr Tempel den Ministeriumsmitarbeitern mangelnde Fachkompetenz nicht unterstellen kann, muss er von einer vorsätzlichen Inkompetenz zum Nachteil der Kommunen ausgehen. Mit den beschränkten finanziellen Möglichkeiten sind nur kleine Schritte möglich, die man auf kommunaler Ebene gemeinsam gehen muss, wie im Bereich Kultur, denn hier ist man nicht für die Landes- und Bundespolitik verantwortlich.

Hinsichtlich des Fraktionsantrages zur Milchversorgung äußert Herr Tempel, dass ein gesundes Frühstück und Mittagessen in Verbindung mit einer vernünftigen Ernährungsberatung der bessere Schritt wäre, aber in Anbetracht der finanziellen Fußfesseln schwieriger. Wenn bessere Vorschläge und Finanzierung gefunden werden, ist die Fraktion auch bereit, fraktionsübergreifend daran mitzuarbeiten. Er erklärt, dass die Fraktion nichts dagegen hat, den Antrag in die zuständigen Ausschüsse zu verweisen, um dort weiter zu diskutieren und weiter zu entwickeln, wenn es ehrlich zu einem Ergebnis führen soll. Es soll nicht dazu führen, dass wieder einmal nur darüber geredet wurde. Das sorgt für Politikverdrossenheit in der Bevölkerung. Wir müssen anfangen, Lösungen zu finden und ob der erste Vorschlag der beste ist, sei dahin gestellt. Fakt ist, dass sich selbst in der dritten Welt einige Länder den kostenlosen ¼ Liter Milch leisten. Herr Tempel erklärt, dass ihm klar ist, dass die Verantwortung für den Streit um diesen finanziellen Posten nicht unbedingt im Landkreis liegt. Es ist das Recht eines jeden Bürgermeisters, für eine geringere Kreisumlage zu kämpfen, weil er diesen Gestaltungsspielraum, den Herr Tempel hier einfordert, auch in seiner Gemeinde haben will. Herr Tempel stellt fest, dass das Machbare im Haushalt umgesetzt wurde und der Haushalt auf soliden Füßen steht, aber dennoch nicht ausreichend ist. Deshalb ist damit zu rechnen, dass manches Faktionsmitglied dem Haushalt keine Zustimmung geben wird.

Frau Reimann wendet sich explizit an die CDU- und FDP-Fraktion, damit diese nicht von falschen Voraussetzungen ausgehen und teilt mit, dass der Regelsatz für Kinder bis zu 14 Jahren von Hartz-IV-Empfängern am Tag für Essen und Trinken 2,62 Euro beträgt. Wenn die Kinder für 1,48 Euro im Landkreis ein gesundes und warmes Mittagessen kaufen, dazu für 30 Cent eine Milch bleiben 84 Cent für Frühstück und Abendbrot übrig. An Herrn Melzer gewandt meint Frau Reimann, dass man dazu eine ganz andere Wertedebatte führen kann. Davon kann man kein heranwachsendes Kind ernähren. An Herrn Schalla gerichtet erklärt sie, dass der Musikschule das Geld nicht weggenommen wurde (Aussage der CDU-Landtagsfraktion), sondern das komplette Geld für die Musik- und Volkshochschulen ist im KFA gelandet, der neu berechnet wurde und die Kreise sollen über die Kreisumlage diese Geld wieder einsammeln.

Herr Wolf meint, dass es unstrittig ist, dass große Anstrengungen unternommen wurden, um den Haushalt ausgeglichen zu gestalten und die Belastungen so gering wie möglich zu halten. Er möchte sich dieser Einschätzung nicht anschließen, weil er der Auffassung ist, dass intensiver darüber diskutiert werden muss, wie die Belastungen der Kommunen erträglich gehalten werden können. Angesichts der Kreisumlagenentwicklung fordert er vom Kreistag, dass dieser sich der Problematik intensiver annimmt. Er meint, dass es eben nicht so ist, dass alle Einsparpotenziale, alle Kostensenkungspotenziale und alle Einnahmeerhöhungen ausgeschöpft sind. Er verweist darauf, dass die Kreisumlage 2006 bei 19.678.590 Euro lag und mittlerweile von 21.896.848 Euro geredet wird, dann ist das eine Erhöhung seit 2006 von 2.218.258, bei der Stadt Altenburg sind das 778.000 Euro. 1995 hat die Stadt noch 6.519.595 Euro bezahlt, jetzt 8.344.000 Euro. Herr Wolf meint, es sei zu einfach, alles, was der Kreis nicht finanzieren kann, auf die Kommunen umzulegen und die Kommunen müssen das gegenüber dem Bürger durchsetzen. Er fragt sich, warum der Kreistag nicht maßvoll die Musikschulgebühren erhöht - unter Schaffung eines sozialen Netzes für sozial Bedürftige -, den Kommunen wird auch zugemutet ihre Gebühren für Bibliotheken, Bäder usw. zu erhöhen. Er verlangt eine gerechte Aufteilung. Die Kommunen können nichts umlegen, sondern sie müssen dem Bürger gegenüber erklären, warum Gebührenerhöhungen erfolgen. Herr Wolf bedankt sich dafür, dass auf Kreisebene zwar viel versucht worden ist, aber er erwartet die Bereitschaft, endlich ein Haushaltssicherungskonzept auf Kreisebene zu erarbeiten. Er schlägt vor, in der nächsten Kreistagssitzung eine überfraktionelle Beschlussvorlage vorzulegen mit der Verpflichtung, ein Haushaltssicherungskonzept zu erarbeiten. In diesem Konzept sollen Personalstruktur, -entwicklung, Aufgaben, Angemessenheit der Einnahmestrukturen, Reduzierung der Ausgabeansätze betrachtet werden. Er sieht es als zu einfach an zu sagen, dass bei den Pflichtaufgaben nichts zu machen sei und bei den freiwilligen Aufgaben reduziert werden muss. Beim Einzigartigen in unserer Region wie Bildung und Kultur zu streichen oder eine Haushaltssperre auszusprechen, ist das falsche Signal. Herr Wolf schlägt vor, aus dem Lindenau-Museum einen Eigenbetrieb zu machen wie es die Stadt mit dem Schloss getan hat. Solange die Mitarbeiter im TVöD gebunden sind, gibt es wachsende Personalkosten und deshalb kann eine Deckelung im Haushalt nicht aufgehen, meint Herr Wolf. Eine neue Struktur kann nur dazu dienen, die Personalkosten einzudämmen und den Zuschuss einzufrieren und nicht zu senken, denn das wäre ein kulturpolitischer Kahlschlag. Herr Wolf nimmt Bezug auf die Beratung im Schul-, Kultur- und Sportausschuss und verlangt konsequentes Vorgehen beim Lindenau-Museum, parallel zur weiteren Prüfung der Stiftingsvariante soll ein Eigenbetrieb gegründet werden, wozu es großen Konsens gibt, bei Volkshochschule und Musikschule ist die Diskussion über die Einnahmenerhöhung zu führen. Er fordert ein Haushaltssicherungskonzept, wo sich die Kreise

dene Positionen anschauen und versuchen, Einnahme-erhöhungen und Kostensenkungen zustande zu bekommen, die dazu führen werden, dass die Kreisumlage für die Kommunen erträglich wird. Die Kommunen werden von der Rechtsaufsicht beauftragt, Haushaltssicherungskonzepte vorzulegen, das sollte auch für den Kreis gelten. Eine Haushaltssperre hält er politisch für völlig falsch.

Der Landrat erklärt, dass er genau so unzufrieden ist mit dieser Situation, die er allerdings aus einem anderen Blickwinkel sieht. Der Kreis hat es sich nicht herausgesucht, eine Kreisumlage zu erheben. Ihm wäre es viel lieber, dass Bund und Land mit Gesetzen dafür sorgen, dass Kreise eine finanzielle Ausstattung erfahren, die nicht Kreisumlage heißt, sondern dass Pflicht- und freiwillige Aufgaben klar definiert werden und dafür das erforderliche Geld bereitgestellt wird. Die Landkreise werden in einen Konflikt hineingetrieben, an dem sie nicht Schuld sind, aber irgendjemand tut so, als würden wir die Städte und Gemeinden bestehlen. Wenn diese Diskussion auf die politische Schiene geschoben wird, dann muss in Berlin angefangen werden. Hartz IV hat den Landkreis 6 Mio. Euro mehr gekostet, dieses Geld haben die Kommunen per Kreisumlage gezahlt. Der Landrat verweist auf die öffentliche Pressekritik wegen der Auflösung der ARGE. Kein Kreistagsmitglied hat den Antrag gestellt, die Kündigung der Arbeitsagentur abzulehnen. Es wurde darüber gesprochen und fraktionsübergreifende Einigung erzielt, die Kündigung anzunehmen. Darüber ist der Landrat froh, denn aus der Hochrechnung von 2007 werden in diesem Jahr 184.000 Euro weniger ausgegeben, wodurch die Kreisumlage nicht belastet wird. Recherchen in Nachbarkreisen haben ergeben, dass wir eine halbe Million Euro mehr gezahlt hätten, wenn der Landkreis noch in der ARGE wäre. Durch die Annahme der Kündigung sind diese Kosten nicht entstanden und haben somit die Kreisumlage nicht belastet. In einer der nächsten Kreistagssitzung wird ein Bericht über die getrennte Aufgabenwahrnehmung gegeben.

Hinsichtlich der Privatisierung von Wirtschaftsförderung und Tourismusvermarktung äußert der Landrat, dass das Thema noch nie in einem Ausschuss angesprochen wurde, dort hätte man darüber diskutieren können. Die Wirtschaftsförderung des Landkreises hat mit dem Thema Tourismusvermarktung fast nicht mehr zu tun. Fast alle Aufgaben werden über den Fremdenverkehrsverband und die Altenburger Tourismusinformation erledigt. Aber Aufgaben wie Radwegenetzentwicklung oder Organisation der Grünen Woche müssen teilweise im Haus erledigt werden. Der Landrat ist gern bereit, zu konkreten Vorschlägen im Ausschuss zu reden, Pauschalaussagen bringen uns nicht weiter. Das trifft auch auf ein Haushaltskonsolidierungskonzept zu. Als Rechtsaufsicht hat sich die Verwaltung selbstverständlich den Altenburger Haushalt angesehen und auch die Konsolidierung. Was dort im Rahmen der Konsolidierung gemacht wird, ist für den Landkreis längst Geschichte. Der Landkreis hat eine Verwaltungsstrukturreform durchgeführt, in Größenordnungen Personal abgebaut und Altersteilzeit genutzt, die Gebäudesubstanz von 10 auf 6 Verwaltungsgebäude reduziert.

Er stellt fest, dass wir kein Konzept brauchen, um Dinge zu hinterfragen und auch keine Außenstehenden, um für Zehntausende Euro ein Gutachten anfertigen zu lassen, um dann festzustellen, 90 % sind längst erledigt. Jederzeit besteht die Möglichkeit, alles zu hinterfragen. Wenn jemand etwas in Frage stellt, was der Kreis tut, dann soll er das auch tun, aber pauschal ein Haushaltskonsolidierungskonzept zu verlangen ist weder zutreffend noch erforderlich.

Herr Ronneburger nimmt Bezug auf die Aussagen von Herrn Wolf und stellt klar, dass er nicht davon gesprochen hat, die o.g. Einrichtungen zu kürzen. Es geht darum, die Einrichtungen langfristig zu sichern und deshalb eine geeignete Betriebsform zu finden. 2005 hat auch die SPD-Fraktion diesen Beschluss mitgetragen. Es geht nur darum, Be-

schlossenes umzusetzen. Herr Ronneburger hat noch nie so viel Gegensätzliches zwischen Ausgaben und Sparen gehört wie von Herrn Wolf. Er bittet ihn, das gelegentlich zu erklären.

Frau Fache erklärt, das das Haushaltskonsolidierungskonzept nicht ihr Lieblingsthema ist. Sie kann auch die Aussagen des Landrates nachvollziehen. Bei diesem Konzept geht es nicht um eine Kritik an den Aufgaben des Kreises, sondern um strategische Ziele. Deshalb plädiert sie dafür, über ein solches Konzept zu reden.

Herr Apel als Vorsitzender des Finanzausschusses informiert, dass der Ausschuss sich in mehreren Beratungen mit Haushaltsplan und -satzung 2008/2009 befasst hat und am 16. Jan. 2008 in seiner Abschlussberatung die aktuell vorliegende Fassung einstimmig dem Kreistag zur Beschlussfassung empfohlen hat.

Herr Ronneburger als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses informiert, dass der Ausschuss mehrheitlich die Beschlussfassung empfohlen hat.

Frau Franke als Vorsitzende des Sozial- und Gesundheitsausschusses informiert, dass der Ausschuss einstimmig die Beschlussfassung empfohlen hat.

Herr Schalla als Vorsitzender des Schul-, Kultur- und Sportausschusses informiert, dass der Ausschuss letztmalig am 07. Januar über den Planentwurf diskutiert hat und mit 1 Ja-Stimme, 1-Nein-Stimme bei 7 Stimmenthaltungen die Beschlussfassung nicht empfohlen hat.

Herr Börngen als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses informiert, dass der Ausschuss ohne Gegenstimmen die Beschlussfassung empfohlen hat.

Herr Tempel als Vorsitzender des Werkausschusses informiert, dass der Wirtschaftsplan des Dienstleistungsbetriebes einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen wurde.

Der Vorsitzende erläutert die vorliegende Situation:

Es liegt ein schriftlicher Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. vom 17. 01. 2008 vor, weiter liegt der mündlich vorgetragene Antrag der CDU-Fraktion vor.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden beantragt Frau Reimann, ihren Antrag federführend in den Schul-, Kultur- und Sportausschuss, mitberatend in den Jugendhilfeausschuss und zu Finanzierungsfragen in den Finanzausschuss zu überweisen.

Herr Schemmel hat die Überweisung in den Sozial- und Gesundheitsausschuss beantragt.

Herr Schemmel erklärt, dass er seinen Antrag zurückzieht.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung darüber, dass der Antrag in den Schul-, Kultur- und Sportausschuss verwiesen wird.

Mit 26 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen wird dem Antrag stattgegeben.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung darüber, dass der Antrag in den Finanzausschuss verwiesen wird.

Mit 22 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen wird dem Antrag stattgegeben.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung darüber, dass der Antrag in den Jugendhilfeausschuss verwiesen wird.

Mit 23 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen wird dem Antrag stattgegeben.

Der Vorsitzende bittet nunmehr um Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion und verliest diesen nochmals:

Der Kreistag beschließt für das Jahr 2009 eine Haushaltssperre über die gesamten Unterabschnitte 3100 für das Lindenau-Museum, 33300 für die Musikschule und 35000 für die Volkshochschule. Die Haushaltssperre gilt bis zur Entscheidung der zukünftigen Betriebsform bzw. Trägerschaft. Das Entwicklungskonzept für die Kultureinrichtungen des Landkreises Altenburger Land ist für diese 3 Einrichtungen bis zum 3. Quartal 2008 fortzuführen und dem Kreistag zur Entscheidung vorzulegen.

Der Antrag wird mit 11 Ja-Stimmen und 22 Nein-Stimmen abgelehnt.

Herr Schemmel gibt folgende persönliche Erklärung ab:

„Ich habe das Anliegen wohl verstanden, ich folge aber in diesem Fall den Argumenten von Herrn Wolf, dass es das falsche Signal wäre und ich denke, man muss im zuständigen Ausschuss mit entsprechender Stringenz an dieser Sache arbeiten als wenn es eine solche Sperre gäbe. Man kann sich auch selbst ein Ziel setzen und an dieser Aufgabe mit genau gleichem Eifer und Stringenz arbeiten. Es wäre sicherlich das falsche Signal gewesen, dass wir dagegen stimmen, ich verstehe aber das Anliegen.“

Der Vorsitzende bittet nunmehr um Abstimmung über den Gesamthaushalt in der ursprünglichen Form lt. Drucksache 281.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 264:

Der Kreistag beschließt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für die Jahre 2008 und 2009 des Landkreises Altenburger Land gemäß Anlage.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 41 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mit 33 Ja-Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen gefasst.

KT-DS/282/2008

TOP 5 Beschlussfassung des Finanzplanes 2007 bis 2011 des Landkreises Altenburger Land

Der Vorsitzende stellt fest, dass es keine Anfragen gibt.

Herr Apel, Vorsitzender des Finanzausschusses, informiert, dass der Ausschuss in seiner Sitzung am 16. Jan. mehrheitlich bei 1 Stimmenthaltung den Finanzplan 2007 bis 2011 dem Kreistag zur Beschlussfassung empfohlen hat.

Der Vorsitzende bittet um das Handzeichen. Folgender Beschluss wurde gefasst:

Der Vorsitzende schließt den TOP 5 und legt eine Pause von 20 Minuten fest.
Um 19:43 Uhr wird die Sitzung fortgesetzt.

Beschluss Nr. 265:

Der Kreistag beschließt den Finanzplan 2007 bis 2011 des Landkreises Altenburger Land gemäß Anlage.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 41 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mit 36 Ja-Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen gefasst.

KT-DS/284/2008

TOP 6 Hauptsatzung des Landkreises Altenburger Land

Der Vorsitzende ruft die Drucksache 284/08 auf und weist darauf hin, dass alle Kreistagsmitglieder hierzu ein Austauschblatt erhalten haben.

Der Landrat informiert, dass der Kreisausschuss einstimmig die Beschlussfassung empfohlen hat. Es gibt keinen Diskussionswunsch.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass für die Beschlussfassung über die Hauptsatzung die Mehrheit der Stimmen des Kreistages, also 24, erforderlich sind.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 266:

Der Kreistag beschließt die Hauptsatzung des Landkreises Altenburger Land gemäß Anlage.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des /Kreistages waren zur Abstimmung 41 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

KT-DS/273/2007/1

TOP 7 Satzung des Landkreises Altenburger Land über die Erhebung von Verwaltungskosten für die Durchführung der Gefahrenverhütungsschau (Gebührensatzung - Gefahrenverhütungsschau)

Der Vorsitzende kann keinen Diskussionsbedarf feststellen, deshalb fragt er den Landrat nach dem Votum des Kreisausschusses. Der Landrat informiert, dass einige Fraktionsvorsitzende vor einer Empfehlung noch die Diskussion in den Fraktionen führen müssen. Mit 2 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen und einer Gegenstimme hat der Kreisausschuss die Beschlussfassung empfohlen.

Der Vorsitzende bittet um das Handzeichen, wenn der Satzung des Landkreises Altenburger Land über die Erhebung von Verwaltungskosten für die Durchführung der Gefahrenverhütungsschau zugestimmt wird.

Er stellt fest, dass von den 41 anwesenden stimmberechtigten Kreistagsmitgliedern die Beschlussfassung mit 17 Ja-Stimmen bei 18 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen abgelehnt wird.

KT-DS/283/2008

TOP 8 Änderungsvertrag zum Vertrag über den Ausgleich verbundbedingter Belastungen im Rahmen der Verbunderweiterung (VAVB-VE) vom 14. Juli 2005

Der Vorsitzende ruft die Drucksache 283/2008 auf. Es gibt keine Diskussion.

Herr Ronneburger teilt mit, dass der Wirtschaftsausschuss dem Kreistag die Beschlussfassung empfohlen hat. Der Landrat informiert, dass der Kreisausschuss ebenfalls die Beschlussfassung empfohlen hat.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 267:

Der Landrat wird ermächtigt, den als Anlage beigefügten Änderungsvertrag zum Vertrag über den Ausgleich verbundbedingter Belastungen im Rahmen der Verbunderweiterung (VAVB-VE) vom 14. Juli 2005 zu unterzeichnen.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 41 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mit 36 Ja-Stimmen bei 4 Nein-Stimmen und einer Stimmenthaltung gefasst.

KT-DS/285/2008

TOP 9 Änderung der Richtlinie zur Frühförderung von Kindern im Vorschulalter im Landkreis Altenburger Land

Der Vorsitzende ruft die Drucksache 285/2008 auf. Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Franke informiert, dass der Sozial- und Gesundheitsausschuss einstimmig die Annahme empfohlen hat. Herr Börngen informiert, dass der Jugendhilfeausschuss bei einer Stimmenthaltung die Beschlussfassung empfohlen hat.

Der Vorsitzende bittet um das Handzeichen. Der Kreistag hat folgenden Beschluss gefasst:

Beschluss Nr. 268:

Der Kreistag beschließt die Änderung der „Richtlinie zur Frühförderung von Kindern im Vorschulalter im Landkreis Altenburger Land“ vom 04.04.2007 gemäß Anlage

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 41 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

KT-DS/286/2008

TOP 10 Sanierung und Finanzierung des Alten- und Pflegeheimes Löbichau der Schmöllner Heimbetriebsgesellschaft mbH

Der Vorsitzende stellt fest, dass es keinen Wunsch zu zusätzlichen Erläuterungen gibt.

Herr Schalla erklärt, dass er zu diesem Thema ausnahmsweise nicht im Namen der Fraktion, sondern nur für seine Person als Kreistagsmitglied spricht. Er stellt klar, dass er erstens zu den Kreistagsbeschlüssen 267, 275 und 276 aus dem Jahr 2007 steht, Gesellschaftsvertrag und Geschäftsanteilsübertragungsvertrag der Schmöllner Heimbetriebsgesellschaft betreffend.

Zweitens steht für ihn die Notwendigkeit der Vorhaltung eines weiteren Pflegeheimes mit der Ausrichtung für Demenzkranke außer Zweifel.

Drittens stellt er den ländlichen Standort Löbichau, vor allem wegen seiner Tradition und der Tatsache der vorhandenen Bevölkerungsstruktur nicht in Frage, aber er fühlt sich „am Nasenring durch die Arena geführt“.

Erstens, so Herr Schalla, hat die ursprüngliche Planung einer denkmalgerechten Sanierung des Schlosses Löbichau, was für ihn auch maßgeblich für eine Zustimmung im letzten Jahr war, mit der jetzt beabsichtigten Ausführung nichts mehr zu tun. Jetzt wird plötzlich von Abriss und Wiederaufbau gesprochen. Die 4 stehenden Säulen kann man sich als Alibi sparen, dann kann auch ein Komplettabriss und Neubau auf „grüner Wiese“ zu wirklich kostengünstigeren Konditionen realisiert werden, meint er. Er bezieht sich auf Gespräche mit Architekten, die wirklich Erfahrung mit denkmalgerechter Sanierung altertümlicher Gebäude aufweisen können, diese halten die Bausumme von 7,1 Mio. Euro nicht einmal annähernd für realistisch.

Er stellt fest, dass das Krankenhaus 2 Mio. Euro als Gesellschafterzuschuss an die Schmöllner Heimbetriebsgesellschaft ausreichen soll. Dieser Betrag wird aus der Gewinnverwendung 2007 entzogen, wobei ihm als KTM der Jahresabschluss 2007 gar nicht bekannt ist. Er fragt sich wiederholt, was hier mit den Kreisräten gemacht wird. Um die Sanierung oder einen Neubau in Löbichau doch noch zu einem guten Ende zu bringen, stellt er folgenden Antrag:

„Die Beschlussvorlage wird in den Kreisausschuss zurück verwiesen und dem Kreistag ist zur nächsten Sitzung ein tragbares Konzept vorzulegen, welches für jeden nachvollziehen lässt, welche finanziellen Mittel für eine Sanierung des Schlosses tatsächlich benötigt werden oder ob sich der Neubau als die effizientere Lösung darstellt.“

Er wird der jetzt vorliegenden Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Frau Plötner erklärt, dass sie für die Sanierung und für das Pflegeheim ist. Ihr gefällt daran nicht, dass sie ihre Information aus der Zeitung bezogen hat. Sie bittet um bessere Information.

Herr Wolf erklärt, dass er Handlungsbedarf sieht und er verwahrt sich gegen die Unterstellung, er würde die Arbeit des Pflegepersonals diskreditieren. Er hält es für falsch, weitere Mittel aus dem Krankenhaus zu entnehmen, bevor eine Entwicklungskonzeption

für das Krankenhaus erarbeitet ist. Er stellt fest, dass neben den 2 Mio. Euro Zuschuss ein weiterer Betrag von 5,1 Mio. Euro als Annuitätendarlehen zu geben ist. Den Zinssatz von 3,2 % hält er für zu niedrig. Das Krankenhaus kann nicht ununterbrochen durch Mittelentnahmen in seiner Entwicklungsperspektive geschwächt werden. Er weiß, dass er fast allein steht, aber er wird dieser Vorlage trotzdem nicht zustimmen.

Herrn Schemmel ist klar, dass in der jetzigen Gebäudestruktur moderne Altenpflege nicht möglich ist. Einen 100%igen Denkmalschutz kann es nicht geben, wenn gravierende bauliche Veränderungen notwendig sind. Herr Schemmel fordert dazu auf, die richtige Konsequenz aus den bereits zu diesem Vorhaben gefassten Beschlüssen zu ziehen und darauf zu vertrauen, dass die Denkmalbehörden die Maßnahme ordentlich begleiten. Er sieht einen deutlichen Vermögenszuwachs für das Krankenhaus, ihm sind auch die finanziellen Anlagen des Krankenhauses bekannt, er will verantwortungsbewusst mit dessen Vermögen umgehen, aber er denkt auch, dass trotz des noch fehlenden Zukunftsinvestitionsplanes diese Entnahme gerechtfertigt ist. Er kann nicht erkennen, dass das Krankenhaus in den finanziellen Ruin getrieben wird, was verantwortungslos wäre. Er sieht keinen Grund, der Vorlage heute nicht zuzustimmen.

Der Landrat verweist darauf, dass der Schlosskomplex ein Gesamtdenkmal ist, wovon die Hälfte durch die Gemeinde Löbichau saniert wurde. Wenn in Absprache mit den Denkmalbehörden das Schloss erhalten und entsprechend genutzt wird, dann muss die Heimmindestbauverordnung eingehalten werden und das Schloss wird auch nach der Sanierung noch ein Denkmal sein.

Die Vorwegentnahme des Gewinns, meint der Landrat an Herrn Schalla gerichtet, ist in Anbetracht der hohen Gewinne eine hervorragende Situation. Er verweist auf die unter den Mitarbeitern geführte unsinnige Diskussion, der Landkreis würde dem Krankenhaus Geld wegnehmen und deswegen würden bestimmte Investitionen im Krankenhaus nicht stattfinden. Tatsache ist aber, dass die Verwaltung des Krankenhauses sich im hohen Maße um das Projekt Seniorenresidenz gekümmert hat und deshalb andere Investitionen liegen blieben. Weiter verweist der Landrat darauf, dass jahrelang große Investitionen vor sich her geschoben wurden, auch mit Wissen von Herrn Wolf. Zur Zeit ist wieder ein Investitionspakt von 10 Mio. Euro im Krankenhaus umzusetzen. Der Landrat bietet wiederholt allen Fraktionen an, die Zahlen der Rücklagen und Rückstellungen einzusehen. Es ist bekannt, dass noch sehr, sehr viel Geld vorhanden ist und auch Geld weltweit in Wertpapieren angelegt ist. Auch für weitere Investitionen ist noch sehr viel Geld vorhanden. Niemand hat vor, einen Vermögensverzehr zu betreiben, denn es besteht Einigkeit darüber, dass ein Entwicklungskonzept erarbeitet werden soll, was nicht beinhaltet, das Geld zu verbrauchen, sondern dass das Geld so eingesetzt wird, dass Gewinne erwirtschaftet werden. Das Krankenhaus ist ein Wirtschaftsbetrieb. Einem Entwicklungskonzept wird nur zugestimmt werden, wenn klar ist, dass das Krankenhaus in der Gewinnzone bleibt. Allein der Jahresabschluss 2007 lässt es locker zu, dass das Geld nicht aus den reichlich vorhandenen Rücklagen entnommen wird, sondern aus dem Gewinn. Wir sollen nicht so tun, als wäre das Krankenhaus arm, als würden wir jemandem etwas wegnehmen und als würden Krankenhausleistungen nicht stattfinden - das ist alles nicht der Fall, so der Landrat abschließend.

Herr Tempel meint, dass es mehrheitlich unstrittig ist, dass hier nicht nur Geld investiert werden soll, sondern auch eine Gesellschaft übergeben wird, wo Geschäftsbetrieb da ist, wo schwarze Zahlen geschrieben werden und dass es einen Bereich betrifft, wo auch andere Krankenhäuser investieren und versuchen, ihren Marktbereich zu erweitern.

Auf die Ausführungen von Herrn Schalla Bezug nehmend fragt Herr Tempel an, wie die Kostenschätzungen zustande gekommen sind.

Herr Sonntag möchte wissen, wie sicher der Landrat ist, von der Denkmalbehörde für alle Baumaßnahmen eine Zustimmung zu bekommen.

Herr Bugar verweist auf das bereits in der OTZ erschienene Interview mit Herrn Wolf und auf einen Beitrag in der OVZ zum Thema und erklärt, dass er mit seinem mündlichen Beitrag nun nicht mehr viel Schaden anrichten kann. Die Überschrift „Schloss Löbichau als Altenheim völlig unbrauchbar“. Diese Überschrift habe ihn völlig aus dem Gleichgewicht gebracht. Da er zu der Mehrheit gehört hat, die in abenteuerlicher Weise für eine Sanierung gestimmt hat, wurden ihm gleichzeitig die fatalen Konsequenzen vor Augen geführt, die es für ihn haben wird. Herr Bugar fragt, was eigentlich daran fatal ist, ein historisches Gebäude zu sanieren und damit in einen Zustand zu versetzen, hilfebedürftigen Menschen ein würdiges Dasein zu ermöglichen. Mit dieser Sanierung werden 2 Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Dass das Geld im ländlichen Raum verbaut wird, mag nicht alle Kreistagsmitglieder freuen, zu erwarten, dass sich alle so solidarisch zeigen wie die Gemeinde Lumpzig, wäre aus seiner Sicht zu viel des Guten. Wer in Zukunft junge Menschen hier halten will und parallel auf Tourismus setzt hat mit leer stehenden, dem Verfall preisgegebenen Gebäuden keine Chance. An Herrn Wolf gewandt meint Herr Bugar, dass er sich die Frage, warum bisher nicht in dieses denkmalgeschützte Objekt investiert wurde, vor Jahren auch gestellt hat. Er ist überzeugt, dass auch Herr Wolf wie andere Bürgermeister einen Bauplatz für einen Neubau gefunden hätte. Vergleicht man die Baukosten für den Neubau in der Gartenstraße in Schmölln bezogen auf die Heimbewohner mit den angedachten Baukosten für Löbichau wird man Erstaunliches feststellen. Dass es für den Umbau in Löbichau keine Fördermittel gibt, haben andere zu verantworten. Herr Bugar nimmt Bezug auf die Aussagen von Herrn Wolf in o. g. OTZ-Artikel und stellt fest, dass er dort Mittelentnahmen aus dem Krankenhaus für Investitionen im Schulbereich als in Ordnung ansieht, für Pflegeheime aber auf private Investoren verweist. Herr Bugar äußert, dass es aber auch für den Schulbereich private Anbieter gibt. Weiter wünscht sich Herr Wolf im Interview eine faire Zusammenarbeit mit anderen Kommunen und eine starke Akzeptanz für die Stärkung der Kreisstadt. Aussagen, dass der ländlichen Raum nur stark sei, wenn es der Stadt Altenburg gut gehe, zeugen nicht gerade von Kenntnis der Entwicklung im Altenburger Land, sagt Herr Bugar. Die Bauern haben Altenburg erst zu dem gemacht, was es heute ist. Viele Orte kommen auch gut ohne Altenburg aus. Aber darum geht es gar nicht, meint Herr Bugar. Die Entwicklung im Altenburger Land ist keine Einbahnstraße, nur ein Geben und Nehmen zum gegenseitigen Vorteil hilft uns, die gesteckten Ziele zu erreichen. Herr Bugar ermutigt die Kreistagsmitglieder abschließend, der Vorlage zuzustimmen.

Auf die Frage von Herrn Sonntag erklärt der Landrat, dass eine Baumaßnahme an denkmalgeschützten Gebäuden vom ersten bis letzten Tag vom Denkmalschutz begleitet wird. Jedes Detail vorweg abzuklären ist unmöglich. Alle wichtigen Fragen für den Bau erforderlichen Fakten sind geklärt. Er weist darauf hin, dass auch während des Bauablaufs jederzeit Änderungen eintreten können, aber davon kann nicht abhängen, ob die Maßnahme gut und richtig ist. Er verweist auf das denkmalgeschützte Verwaltungsgebäude des Landratsamtes, was eigentlich verwaltungstechnisch und unterhaltungskostenseitig katastrophal ist. Dennoch war es gut und richtig, dieses Denkmal zu erhalten. Wenn das Schloss nicht Löbichau, sondern Schloss Altenburg heißen würde, meint der Landrat, wären ganz andere Stimmen zu hören. Hinsichtlich der Kostenermitt-

lung bittet er um das Vertrauen in die ausreichende Fach- und Sachkompetenz im Hause. Er verweist darauf, dass viele Baumaßnahmen mit eigenem Fachpersonal durchgeführt wurden und dabei nie Geld vergeudet wurde. Der Landrat schätzt ein, dass die Kostenschätzung plausibel ist und verweist darauf, dass immer Risiken bleiben, wenn an denkmalgeschützten Objekten gebaut wird. Es sind weder illusorische Zahlen, noch ist eine Täuschung beabsichtigt. Er informiert, dass der Seniorenpark Klausau mit 84.000 Euro pro Platz Neubau geplant wurde, Brauereiteich Schmölln mit 79.000 Euro, Hainichen mit 79.000 Euro, Hospitalstiftung mit 58.000 Euro und 63.000 Euro, Plottendorf mit 67.000 Euro, Magdalenenstift mit 78.000 Euro, DRK mit 61.000 Euro und Brückenplatz Schmölln mit 70.000 Euro. Löbichau wurde mit der bisher höchsten Summe geplant, mit 90.000 Euro Pro Platz.

Herr Wolf erklärt, dass er auf das von Herrn Bugar Gesagt nicht eingehen wird, weil er es für überflüssig hält. Er fragt den Landrat, ob es sich bei den vorliegenden Zahlen um die Leistungsphase I, eine Kostenschätzung oder um Leistungsphase III oder V handelt. Leistungsphase III ist die Entwurfsplanung, Phase V ist die Ausführungsplanung. Bei einer Kostenschätzung gibt es eine Differenz von +/- 30 %. Er möchte wissen, ob es eine Entwurfsplanung gibt, die für die Beantragung von Fördermitteln notwendig ist.

Der Landrat antwortet, dass - wie bereits gesagt - nicht in Planungsphasen gegangen wurde, sondern mit den Mitarbeitern im Hause die Berechnungen erfolgten. Bisher stand kein Geld zur Verfügung, um Planungsleistungen erbringen zu lassen. Dafür ist zuerst der Beschluss erforderlich.

Herr Wolf stellt fest, dass es sich demnach um Leistungsphase I mit einem Delta von +/- 30 % handelt.

Herr Schröter bittet den Landrat um das Vorberatungsergebnis im Kreisausschuss. Der Landrat gibt bekannt, dass eine einstimmige Empfehlung ausgesprochen wurde.

Herr Schröter stellt Herrn Schallas Antrag zur Abstimmung:

„Die Beschlussvorlage wird in den Kreisausschuss zurück verwiesen und dem Kreistag ist zur nächsten Sitzung ein tragbares Konzept vorzulegen, welches für jeden nachvollziehen lässt, welche finanziellen Mittel für eine Sanierung des Schlosses tatsächlich benötigt werden oder ob sich nicht der Neubau auf grüner Wiese wirklich als die effizientere Lösung darstellt.“

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Antrag mit 3 Ja-Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen und einer großen Mehrheit Nein-Stimmen abgelehnt ist.

Der Vorsitzende bittet um das Handzeichen entsprechend Beschlussvorschlag in o. g. Drucksache.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 269:

Der Kreistag ermächtigt den Landrat

1. in der Gesellschafterversammlung der Kreiskrankenhaus Altenburg GmbH der Vergabe eines Zuschusses in Höhe von 2.000.000 Euro an die Schmöllner Heimbetriebsgesellschaft mbH und

2. in den Gesellschafterversammlungen der Kreiskrankenhaus Altenburg GmbH und der Schmöllner Heimbetriebsgesellschaft mbH dem Abschluss eines Vertrages über ein Darlehen in Höhe von 5.100.000 Euro gemäß den in der Anlage unter Ziffer 3. genannten Rahmenbedingungen

zweckgebunden für die Sanierung des Alten- und Pflegeheimes Löbichau zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 41 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mit 37 Ja-Stimmen bei 3 Nein-Stimmen und einer Stimmenthaltung gefasst.

Frau Klaubert gibt folgende persönliche Erklärung zur ihrem Abstimmungsverhalten ab: „Ich habe der Beschlussvorlage jetzt nicht zugestimmt und das ist nicht der Grund, dass ich die Notwendigkeit nicht einsehe, dass Löbichau saniert werden muss. Es ist auch nicht der Grund, dass ich die Notwendigkeit einsehe, dass man dort ein Kulturdenkmal erhalten kann. Aber ich bitte Sie, Herr Landrat, nehmen Sie doch die Kreisräte in Ihrer Entscheidungsfindung mit, gehen Sie doch auch mal über die Grenzen des Kreis Ausschusses hinaus. Es tut doch nicht weh, dieses auch mal im Kreistag vorzustellen und vielleicht auch von Anfang bis Ende das Projekt durch die Kreisräte begleiten zu lassen, damit man sich nicht immer so überfahren fühlt und aus der Presse erfahren muss, was eigentlich sich wieder verändert hat.“

Herr Ronneburger legt seine persönliche Meinung zu den Vorwürfen, dass das im Prinzip alles an den Kreisräten vorbei gegangen ist, dar. Die ganze Geschichte ist ständig im Aufsichtsrat behandelt worden und wird dort auch in Zukunft behandelt. Dort ist auch von Seiten der PDS jemand anwesend.

KT-DS/287/2008

TOP 11 Abberufung von Herrn Peter Jansen als Geschäftsführer der Krankenpflegeschule Altenburg gemeinnützige GmbH

Herr Dr. Dorsch erklärt sich für befangen. Er nimmt an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Der Vorsitzende ruft den TOP auf und bittet um Wortmeldungen.

Herr Scholz möchte erklärt haben, wie es zu verstehen ist, dass nach seiner Kenntnis der neue Geschäftsführer ab 01.04. eingestellt ist, aber in den nachfolgenden Vorlagen vom 01.03. gesprochen wird.

Der Landrat legt dar, dass Herr Jansen am 29. Februar als Geschäftsführer ausscheidet. Formal ist er im Monat März noch Mitarbeiter des Krankenhauses, aber freigestellt. Damit die Krankenpflegeschule zwei Geschäftsführer hat, wird Herr Dr. Blase diese Aufgabe bereits ab März übernehmen. Dazu sieht er sich in der Lage, zumal er in Vorbereitung seines Dienstes öfter vor Ort sein wird.

Die Krankenpflegeschule ist eine eigenständige GmbH. Im weiteren Verlauf stellt der Landrat richtig, dass bei der Krankenpflegeschule Frau Dr. Werner als 2. Geschäftsführer zu berufen ist. Herr Dr. Blase übernimmt die Geschäftsführung des MVZ.

Herr Ronneburger möchte zur Freistellung von Herrn Jansen wissen, ob er damit einen Monat zuhause ist und seine vollen Bezüge weiter erhält und warum das so ist. Der Landrat wird diese Frage im nicht öffentlichen Teil beantworten, da es um persönliche Dinge geht.

Herr Wolf verweist darauf, dass Herr Jansen am 02. März 2008 wird. In dem Monat, wo man 65 wird, hat man noch bis zum Ende dieses Monats zu arbeiten. Da man nicht allwissend ist, hat der Kreistag ihn einen Monat zu zeitig abberufen. Es hat mehrere Bitten gegeben, doch diesen Beschluss zu korrigieren, um einen langjährigen erfolgreichen Geschäftsführer bis zum 31. März 2008 zu beschäftigen. Für ihn wäre es ein Selbstverständnis gewesen, jedoch ist das so vom Gesellschafter nicht gewollt. Auch sieht er keinen Grund für die Abberufung von Herrn Jansen am 29. Februar als Geschäftsführer des MVZ Altenburg, des MVZ Schmölln und der Krankenpflegeschule. Er wird dem nicht zustimmen.

Herr Landrat macht deutlich, dass Herr Jansen im vollen Wissen um diese Situation seinen Anstellungsvertrag unterschrieben hat. Auch bei Erweiterungen und Veränderungen ist immer genau dieses Datum unterschrieben worden. Erst nach der Entscheidung des KT, des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung fällt jemandem auf, dass es ein Rentenproblem gibt.

Auf Nachfrage informiert der Landrat noch, dass der KA die Empfehlung zur Beschlussfassung einstimmig ausgesprochen hat.

Der Vorsitzende bittet um das Handzeichen, wenn der Abberufung von Herrn Peter Jansen als Geschäftsführer der Krankenpflegeschule Altenburg gemäß Drucksache 287/2008 zugestimmt wird.

Der Kreistag fasst den nachfolgenden Beschluss.

Beschluss Nr. 270:

Der Kreistag des Landkreises Altenburger Land ermächtigt den Landrat, in der Gesellschafterversammlung der Kreiskrankenhaus Altenburg gemeinnützige GmbH den Beschluss zu fassen, Herrn Peter Jansen als Geschäftsführer der Krankenpflegeschule Altenburg gemeinnützige GmbH mit Wirkung ab 01. März 2008 abberufen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 40 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mit 32 Ja-Stimmen bei 2 Nein-Stimmen und 6 Stimmenthaltungen gefasst.

KT-DS/288/2008

TOP 12 Abberufung des Herrn Peter Jansen als Geschäftsführer der Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) Altenburger Land gemeinnützige GmbH

Der Vorsitzende ruft die o. g. Drucksache auf bittet um Wortmeldungen.

Anfragen oder Diskussion gibt es nicht.

Durch den Kreisausschuss wird die Beschlussfassung einstimmig empfohlen, informiert der Landrat auf Nachfrage.

Der Vorsitzende bittet, der Abberufung gemäß Drucksache 288/2008 zuzustimmen.

Durch den Kreistag wird der nachfolgende Beschluss gefasst.

Beschluss Nr. 271:

Der Kreistag des Landkreises Altenburger Land ermächtigt den Landrat, in der Gesellschafterversammlung der Kreiskrankenhaus Altenburg gemeinnützige GmbH den Beschluss zu fassen, dass Herr Peter Jansen mit Wirkung ab 01. März 2008 als Geschäftsführer der Medizinisches Versorgungszentrum Altenburger Land gemeinnützige GmbH abuberufen ist.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 41 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mit 30 Ja-Stimmen bei 3 Nein-Stimmen und 8 Stimmenthaltungen gefasst.

KT-DS/289/2008

TOP 13 Abberufung des Herrn Peter Jansen als Geschäftsführer der Medizinisches Versorgungszentrum Schmölln gemeinnützige GmbH

Der Vorsitzende ruft den TOP auf, verweist auf die vorliegende Drucksache 289/2008 und bittet um Wortmeldungen.

Herr Sonntag weist mit Hinweis auf die zu den vorangegangenen TOP erfolgten Darlegungen darauf hin, dass im Sachverhalt der o. g. Drucksache die Rede davon ist, dass Herr Jansen im Februar 2008 das Rentenalter erreicht.

Diese Aussage im Sachverhalt stimmt nicht, richtig ist der 02. März, stellt der Landrat klar. Der Beschlusstext ist korrekt.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. Der Vorsitzende bittet um Zustimmung zum Beschlussvorschlag gemäß o. g. Drucksache.

Durch den Kreistag wird folgender Beschluss gefasst:

Beschluss Nr. 272:

Der Kreistag des Landkreises Altenburger Land ermächtigt den Landrat, in der Gesellschafterversammlung der Kreiskrankenhaus Altenburg gemeinnützige GmbH den Beschluss zu fassen, dass Herr Peter Jansen mit Wirkung ab 01. März 2008 als Geschäftsführer der Medizinisches Versorgungszentrum Schmölln gemeinnützige GmbH abuberufen ist.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 41 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mit 31 Ja-Stimmen bei 3 Nein-Stimmen und 7 Stimmenthaltungen gefasst.

KT-DS/290/2008

TOP 14 Berufung eines Geschäftsführers für die Krankenpflegeschule Altenburg gemeinnützige GmbH

Wegen Befangenheit nimmt Herr Dr. Dorsch an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Der Vorsitzende ruft den TOP auf, verweist auf die vorliegende Drucksache 290/2008 und bittet um Wortmeldungen.

Wortmeldungen gibt es nicht. Vom Kreisausschuss wird die Beschlussfassung einstimmig empfohlen.

Der Vorsitzende bittet, der Berufung eines Geschäftsführers gemäß genannter Drucksache für die Krankenpflegeschule Altenburg zuzustimmen.

Durch den Kreistag wird daraufhin folgender Beschluss gefasst:

Beschluss Nr. 273:

Der Kreistag des Landkreises Altenburger Land ermächtigt den Landrat, in der Gesellschafterversammlung der Kreiskrankenhaus Altenburg gemeinnützige GmbH den Beschluss zu fassen, Frau Dr. Gundula Werner mit Wirkung ab 01. März 2008 zur Geschäftsführerin der Krankenpflegeschule Altenburg gemeinnützige GmbH zu berufen.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 40 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mit 38 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme und einer Stimmenthaltung gefasst.

KT-DS/291/2008

TOP 15 Berufung eines Geschäftsführers in der Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) Altenburger Land gemeinnützige GmbH

Der Vorsitzende ruft den TOP auf und stellt die o. g. Drucksache zur Diskussion.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Durch den Kreisausschuss wird die Beschlussfassung empfohlen.

Der Vorsitzende bittet, der Berufung eines Geschäftsführers des MVZ Altenburger Land entsprechend Drucksache 291/2008 zuzustimmen.

Der Kreistag fasst den nachfolgenden Beschluss.

Beschluss Nr. 274:

Der Kreistag des Landkreises Altenburger Land ermächtigt den Landrat, in der Gesellschafterversammlung der Kreiskrankenhaus Altenburg gemeinnützige GmbH den Beschluss zu fassen, Herrn Dr. Lutz Blase mit Wirkung ab 01. März 2008 zum Geschäftsführer der Medizinisches Versorgungszentrum Altenburg gemeinnützige GmbH zu berufen.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 41 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde mit 36 Ja-Stimmen bei 2 Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen gefasst.

KT-DS/292/2008

TOP 16 Bestellung weiterer Mitglieder für den Aufsichtsrat der Schmöllner Heimbetriebsgesellschaft mbH

Der Vorsitzende ruft den TOP auf und verweist auf die o. g. Drucksache. Er teilt mit, dass es zu Punkt 2. des Beschlussvorschlages von Seiten der SPD-Fraktion den Vorschlag gibt, Herrn Volker Schemmel in dieses Amt zu berufen.

Weitere Vorschläge gibt es nicht.

Der Vorsitzende bittet um Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Der Kreistag fasst daraufhin folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 275:

Der Kreistag des Landkreises Altenburger Land ermächtigt den Landrat,

1. in der Gesellschafterversammlung der Kreiskrankenhaus Altenburg GmbH der Berufung von

Frau Dr. Gundula Werner

als Mitglied in den Aufsichtsrat der Schmöllner Heimbetriebsgesellschaft mbH zuzustimmen.

2. in der Gesellschafterversammlung der Schmöllner Heimbetriebsgesellschaft mbH der Berufung von

Herrn Volker Schemmel

als weiteres Mitglied für den Gesellschafter Landkreis Altenburger Land

sowie

Frau Dr. Gundula Werner

als Mitglied für den Gesellschafter Kreiskrankenhaus Altenburg GmbH in den Aufsichtsrat der Schmöllner Heimbetriebsgesellschaft mbH zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 41 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde 40 Ja-Stimmen bei einer Stimmenthaltung gefasst.

KT-DS/295/2008

TOP 17 Änderung der Besetzung des Psychiatriebeirates (Antrag der Fraktion Die Linke)

Der Vorsitzende ruft die Drucksache 295/2008 mit dem Antrag der Fraktion Die Linke auf.

Anfragen gibt es nicht.

Der Vorsitzende bittet um das Handzeichen, wenn Einverständnis mit dem Vorschlag gemäß Drucksache besteht.

Durch den Kreistag wird daraufhin der nachfolgende Beschluss gefasst.

Beschluss Nr. 276:

Auf Vorschlag der Fraktion DieLinke. Altenburger Land wird das Mitglied Michael Reimann aus dem Psychiatriebeirat des Kreistages Altenburger Land abberufen.

Als neues Mitglied wird Sabine Fache in den Psychiatriebeirat des Kreistages Altenburger Land entsendet.

Abstimmungsergebnis:

Von den 47 beschließenden Mitgliedern des Kreistages waren zur Abstimmung 41 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Der Vorsitzende schließt um 20:43 Uhr die öffentliche Sitzung und verabschiedet die Gäste. Nach einer kurzen Pause wird die KTS mit dem nicht öffentlichen Sitzungsteil fortgeführt.

Altenburg, den 29.02.2008

Der Vorsitzende

Die Schriftführerinnen

Fritz Schröter
Vorsitzender des Kreistages

Mareile Köhler
Büro des Kreistages

Gudrun Benndorf
Büro des Kreistages